Menschen auf der Flucht : ein Plädoyer für mehr Schutz und grössere Handlungsspielräume

Autor(en): **Sancar, Annemarie**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **110 (2016)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-632260

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Annemarie Sancar

Menschen auf der Flucht

Ein Plädoyer für mehr Schutz und grössere Handlungsspielräume

Frauen, Männer und Kinder auf der Flucht leben einen prekären Alltag. Sie kundschaften – etwa auf der «Balkanroute» – aus, wo sie sind, wohin die Reise führen kann, wem sie begegnen. Sie stossen auf Ab- und Ausgrenzung, auf Sicherheitsmassnahmen gegenüber potenziellen Terroristen und Vertretern einer rückständigen, patriarchalen Kultur. Und sie erfahren viel Solidarität. Wenn die Menschen als Menschen im Zentrum stehen, wird sie zur Selbstverständlichkeit: Es geht um Grundrechte und Würde für alle.

Menschen sind auf der Flucht. Ungewohnt viele entfliehen derzeit Gewaltsituationen und schlagen sich in schwierigster Weise und unter prekären Bedingungen ins Zentrum des reichen Westens durch. Viel wird über sie geredet und geschrieben, sie sind Objekt der Politik, Zielgruppe der Hilfswerke. Wo sie hinkommen, werden sie für kurze Zeit Teil des Alltags von Gemeinden, von lokalen Organisationen und Freiwilligen. Einige bleiben, andere gehen bald wieder weiter, wenn sie können, oft auf den Spuren ihrer Bekannten und Verwandten. Die Mehrheit der Menschen auf der Flucht fügt sich ein in das Räderwerk der Bürokratie, ohne die feinen Unterschiede der verschiedenen Stufen zu verstehen, auf der Suche nach Ruhe und einem Ort, wo sie sich neu und sicher einrichten können.

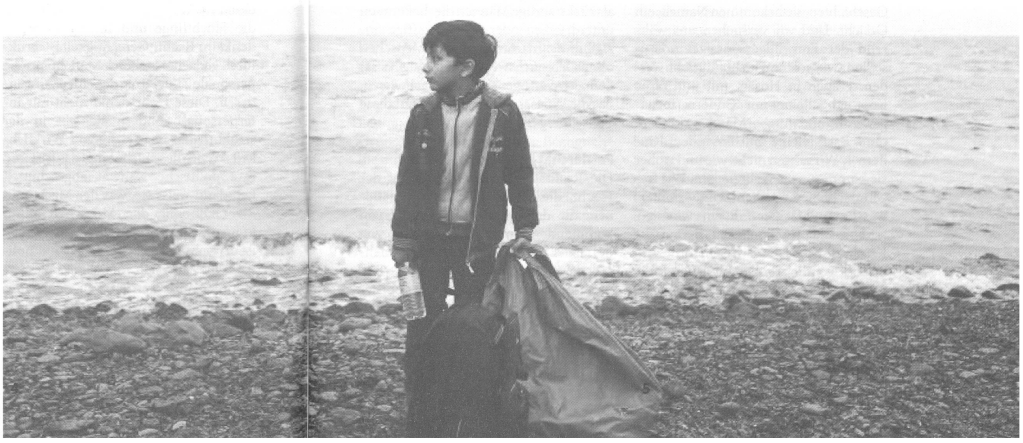
Sichere Durchgänge

Es erstaunt nicht, dass dadurch vielerorts grosse Aufregung entsteht, dass diese Umstände Bewegung in die Asylpolitik und die Asylpraxis bringen. Doch eigentlich geht es um viel mehr. Denn längst sind die Menschen auf der Flucht zum Gegenstand ideologischer Abgrenzungsprozesse, zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen und finanzpolitischer Querelen geworden. Dabei gehen Fragen nach dem Grundlegenden, nach der Menschenwürde verloren. Wir müssen unseren Blick auf die alltäglichen Schwierigkeiten der Menschen auf der Flucht, der lokalen Bevölkerung, der vielen Freiwilligen, aber auch der Sicherheitskräfte richten. Wir sollten herausfinden, was gut läuft und wie Probleme angegangen werden – pragmatisch, mit viel Energie und Engagement – und welche Kräfte versuchen, diese Solidarität zu unterbinden und stattdessen mit Gewalt zu operieren.

Wir hören den Leuten zu, hier, in den Zentren, Dorfläden und Schulen. Wir hören von Freiwilligen, die zurückkommen aus Mazedonien, Kroatien, Slowenien. Wir lesen Berichte über Lesbos, wie Feriengäste bleiben, um die medizinische Versorgung zu leisten. Erstaunlich, wie viel Kraft die Zivilgesellschaft mobilisiert auf dem langen Weg der Menschen auf der Flucht. Wir hören aber auch von Obstruktion, Gewalt, Schikanen. Oft fehlen Orte und Wege, wo Frauen mit und ohne Kinder sicher vor (Männer-)Gewalt gehen, wo Jugendliche willkürlichen Verhaftungen ausweichen können, wo Durchgänge oder «Schleusen» für alle offen sind – und nicht nur für diejenigen, die sich mit aller Kraft und ohne Rücksicht durchschlagen können. Es geht um Grundrechte, die für alle Menschen gelten, auch für solche auf der Flucht, für sie erst recht!

Grosse Unübersichtlichkeit

Die Realität sieht indes anders aus. Die Menschen auf der Flucht werden eingeteilt in brauchbare und überflüssige oder in «Fachkräfte» und «Wirtschaftsflüchtlinge», in Opfer und Täter. Die Situation wird als Problem beschrieben, das administrativ handhabbar und lösbar zu sein scheint. Umso mehr gilt es in genau solchen Momenten, kritisch und wachsam zu sein, wenn klar wird, dass die vermeintlich so naheliegenden Lösungen nicht eintreten. Die Lage wird dann zunehmend als Bedrohung beschrieben. Angst wird gesät auch unter all denjenigen, die im Alltag versuchen, mit den Menschen auf der Flucht zu



Bis Ende Oktober 2015 kamen laut UNHCR über 500 000 Flüchtlinge auf griechischen Inseln an. Bild: Zoltan Balogh

kommunizieren. In solchen Momenten gewinnen Ausgrenzungsdiskurse an Dynamik, der Legitimationsdruck für Aufrüstung und Versicherheitlichung schwindet. Menschen werden pauschal zur Kategorie der Fremden gemacht, ohne Beschwerdemacht. Die Flüchtlinge werden als Bedrohung unseres Selbst vorgeführt.

Sicher ist, dass die sich ständig verändernde Situation Unübersichtlichkeit erzeugt. Die grosse Anzahl von anonymisierten Menschen auf der Flucht fordert die Bürokratie heraus. Praktisch gesehen ist es verständlich, wenn alle einzeln registriert, untergebracht, geund verpflegt werden sollen. Die Anwesenheit der Menschen, ihr Durch- und Weiterziehen, die Fluchtbewegung scheinen sich aber nicht an die Managementlogik zu halten; die Messbarkeit und Rationalisierbarkeit kommen an ihr Ende. Denn es geht nicht um Erbsen, Daten, Maschinen. Es sind Menschen, die einen Alltag leben, austauschen, abtasten, auskundschaften wollen. Wo sind wir, wer ist auch noch da, wem begegnen wir, wozu?

Käsegratin im Transitzentrum

Im Transitzentrum trifft man auf viele Geschichten, sie bekommen Namen, ein Gesicht. Und wir versuchen uns während des Freiwilligeneinsatzes vorzustellen, wie solche Fluchten gelebt werden. Frauen in Hosen, mit und ohne Kopftuch, alleine, mit Kindern, Teenager, Alte und Junge, Männer mit und ohne Bart, alleine, mit Freunden, Kindern… Wir wissen nicht, wie und woher sie kommen, was sie brauchen. Wir fragen nach. Sie brauchen Schuhe, Unterwäsche und Wasser. Essen wird geschöpft, skeptisch schauen sie auf die Käsegratins, sie fragen nach Brot und Salat. Eigentlich wollen alle auch Ruhe und Raum für sich. Nach zwei Tagen gehen sie weiter – in kleinen Gruppen, als Familien, alleine – in ein Zentrum oder zu Bekannten, die in der Gegend wohnen. Der Coiffeur im Dorf bietet Gratishaarschnitt. Leute aus der Gemeinde stellen Betten für die Freiwilligen zur Verfügung. Die Arbeit ist anstrengend, dem Team – Freiwillige in immer wieder neuer Zusammensetzung – wird höchste Flexibilität abverlangt; man muss streng und trotzdem gerecht, empathisch und trotzdem abgegrenzt sein. Der Alltag der Menschen fügt sich irgendwie in die neue Umgebung ein. Von beiden Seiten gibt es kleine Annäherungen, durch Erfahrung, Erleben, Kommunikation. Nichts Spektakuläres, auch keine Multikulti-Euphorie.

Mit der Erfahrung im Alltag eines Transitzentrums, wo zur Hälfte junge Männer, fast noch Teenager, sich an die neue Umgebung zu gewöhnen versuchen, staunt man nicht schlecht, wie es eben diese jungen Männer in die Medien und in Diskurse von PädagogInnen, FeministInnen, SicherheitsexpertInnen, PolitikerInnen geschafft haben. Nicht wegen ihren Fluchtgeschichten oder wegen der Sorgen und Hoffnungen, die sie sich machen, sondern weil aus ihnen ungeahnt schnell und pauschalisierend ein Täterbild geformt werden kann. Bei ihnen wird eine Quelle von Bedrohungen verortet, sei es als mögliche Terroristen, als rückständige Männer, die ihre Frauen unterdrücken oder als zukünftige Sozialhilfeschmarotzer. Sie sind Menschen ohne Gebrauchswert, überflüssig, es sei denn, sie verfügen über das Fachwissen, das die Wirtschaft braucht und auf diese Weise billig haben kann.

Patriarchat im Hier und Eigenen

Die Realitäten der Menschen auf der Flucht, die vielfältigen Alltagssituationen, die durch die Begegnungen von kommenden und anwesenden, von durchziehenden und bleibenden Menschen entstehen, schaffen eine neue Dynamik in der Zivilgesellschaft. Es entstehen neue Formen der Solidarität und Kommunikation. Verengungen in der Berichterstattung erschweren die Wahr-

nehmung solcher Prozesse. Wir sind aufgefordert, mit kritischem Blick genauer hinzuschauen, nachzuforschen, wer was warum über Flüchtlinge schreibt. Aus einer kritischen feministischen und friedenspolitischen Perspektive und vor dem Hintergrund der aktuellen Gleichstellungsdebatte in der Schweiz lohnt es sich beispielsweise, nach der Geschlechterdimension zu fragen. Wir begegnen unweigerlich der Darstellung der Männer als Vertreter einer rückständigen patriarchalischen Kultur. Wir erfahren aber nicht wirklich, was das konkret heisst, denn eigentlich kennen wir ihre Lebensweise ja gar nicht.

Der Blick auf die Autorenschaft solcher Darstellungen zeigt, dass die Beschreibungen vor allem der Selbstpositionierung dienen, auch um die Defizite der Gleichstellung in der Schweiz wettzumachen. Im Spiegel des im Fremden festgemachten Patriarchats kann man die Gleichberechtigung zelebrieren. Aus einer friedenspolitischen Perspektive betrachtet fragen wir uns auch, inwieweit solche Zuschreibungen letztlich der Militarisierung ziviler Räume Vorschub leisten, indem sie einmal mehr die alten Stereotypen bedienen: fremde Männer als Täter, die nicht nur ihre eigenen Frauen nicht schützen können, sondern auch «unsere» Frauen bedrohen. «Unsere» Männer sind die Beschützer, sie wehren die fremden Männer zum Schutz der eigenen Frauen ab. Die Logik des Militärs basiert auf solchen nationalkonservativen, patriarchalischen Grundwerten, die durch die Bezugnahme auf die ankommenden Asylsuchenden jetzt wieder Aufwind haben.

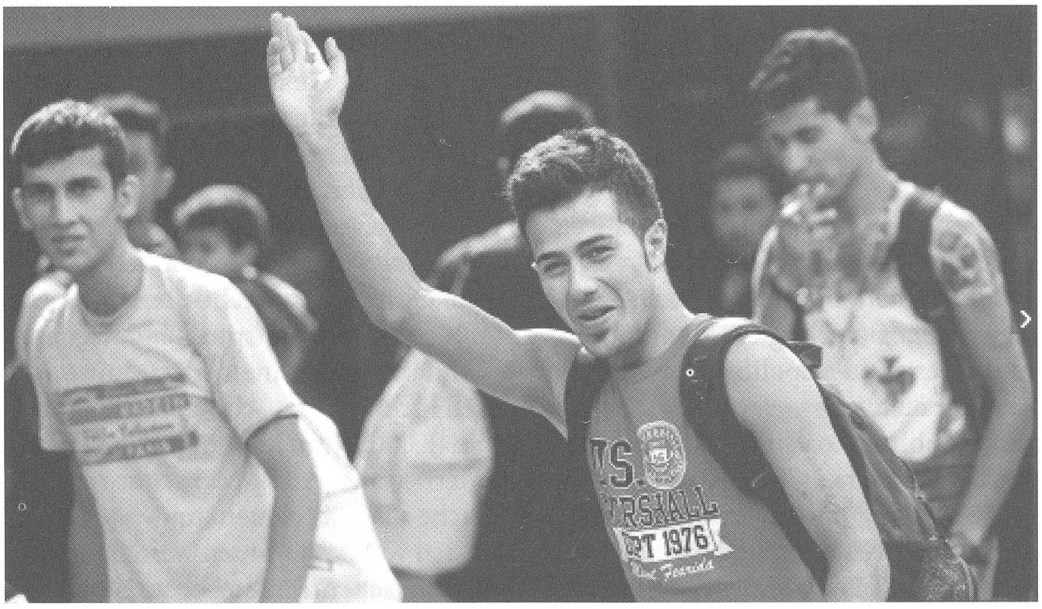
Der Unterschied zwischen der Beschreibung der asylsuchenden Männer und der potenziellen und tatsächlichen Übeltäter des Jihads wird verwischt. Das kann auf die Menschen auf der Flucht verheerende Auswirkungen haben: Anstelle rechtsstaatlicher Verfahren treten Vorverurteilungen, Pauschalverdächtigungen, Abschreckung. Was heisst das im Alltag? Wie treffen sich die verschiedenen Menschen hier im öffentlichen Raum, wenn die Diskussion in diese Richtung geht? Welche männlichen Auftritte werden dadurch belohnt? Hat das noch etwas mit Geschlechtergerechtigkeit zu tun?

Pauschal verdächtigt

Flüchtlinge sind Menschen auf der Flucht, unterwegs mit ihren Ressourcen, Erfahrungen, Bedürfnissen. Sie lassen ihre sozialen Netze, ihre Alltagsrollen zurück auf der Suche nach Neuem. Im Zentrum asylpolitischer Prozesse stehen Menschen. Wie können wir dieses «Problem» so auseinanderdröseln, dass die Menschenrechte selbstverständlich sind und zwar für alle? Wer immer in diesem Bereich agiert, ist gefordert, genau zu beobachten und Menschenrechtsverletzungen zu melden. Es braucht Augen und Ohren, die solche Berichte auch aufnehmen und entsprechend reagieren – wider die dominanten Diskurse, die die Flüchtlinge zu schnell pauschal kriminalisieren möchten. Wir müssen alles unternehmen, dass Menschen auf der Flucht als Individuen und als BürgerInnen wahrgenommen werden, für die die Menschenrechte ebenso gelten wie für alle andern. Wir müssen verhindern, dass sie entmündigt, ihres Subjekts beraubt und zur Manövriermasse im Interessenkonflikt der mächtigen Akteure werden.

Anstatt das Chaos und die Empörung politisch, ideologisch, ökonomisch zu bewirtschaften, ist es an der Zeit, ein alternatives Narrativ zu verbreiten. Es soll den Menschen auf der Flucht ihre Identität zurückgeben, sie als handelnde Individuen ernst nehmen, sie teilnehmen lassen an der Planung der Unterkünfte, der Grundversorgung, der Alltagsgestaltung. Es soll ihnen Raum öffnen, wo sie ihre Ressourcen brauchen und tauschen können. Dies ist definitiv nicht der Moment, um auf Kosten der Menschen auf der Flucht einen Neo-Orien-

talismus zu erfinden oder eine Feminismus-Debatte zu lancieren. Eher soll ihre Anwesenheit und Durchreise dazu ermutigen, Militarisierung zu bekämpfen, das zivile Leben zu verteidigen, den öffentlichen Raum zurückzuerobern. Das gilt im Alltag ebenso wie in der Politik, wo die Grenze zwischen militärischen und zivilen Aufgaben zunehmend verwischt wird. Die «Hilfe vor Ort» ist keine Alternative per se, sie ist nicht einfach «gut»; zu oft reiht sie sich nahtlos in postkoloniale Interventionsstrategien ein.



Ankunft von Flüchtlingen mit Sonderzügen am Hauptbahnhof in München. Die meisten stammen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Bild: picture alliance / dpa

Unterstützung auf der «Balkanroute»

Die Bilder von der «Balkanroute» erschüttern, sie lösen Empörung aus. Und wir fragen uns, warum es immer noch möglich ist, im Interesse des eigenen Landes den andern die Schuld zuzuschieben, sie abzuschieben, zurückzuweisen wie in einem Gesellschaftsspiel. Doch wer gewinnt, und um welchen Gewinn geht es dabei?

Die EU hat die jungen Staaten im Balkan in ihrem «Transitionsprozess» unterstützt, damit sie sanft in die Marktwirtschaft gleiten. Viele Märkte haben sich eröffnet, oft blieben ländliche Regionen auf der Strecke, die BewohnerInnen mussten ihre Strategien suchen, mobil, vernetzt, konflikterprobt – vielleicht gerade weil sie von den EU-Geldern wenig profitiert haben. Heute sind sie womöglich vernetzter und lokal besser organisiert. Wir tun gut daran, sie dabei zu unterstützen, den Menschen auf der Durchreise Beistand zu leisten.

Die Schweiz wäre gut beraten, diese Menschen möglichst unbürokratisch abzuholen, ihnen den gefährlichen Weg zu ersparen. Eine solche vorausblickende Politik würde den Menschen auf der Flucht nicht nur ihre Würde zurückgeben. Sie würde die Politik der «Balkanroute»-Staaten entschärfen, Konflikte eindämmen und letztlich auch einem neuen Narrativ in der Schweiz dienen, das nicht das Problem, sondern die Menschen auf der Flucht ins Zentrum stellt. So wird auch der technische Teil ihrer Registrierung, Zuweisung und Ausstattung besser gelingen; die Aufgabe wird dann nicht als Reaktion auf fremde Gefahren wahrgenommen, auf die mit Abschreckung reagiert werden muss und für die jeder Franken einer zu viel ist. Die Unterstützung der Flüchtlinge kann dann – auch in den Gemeinden vor Ort –als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden. ●

Annemarie Sancar, 1957, ist Sozialanthropologin, aktiv beim Grünen Bündnis Bern, im Vorstand von WIDE (Women in Development) Schweiz und arbeitet bei KOFF/ swisspeace.

annemarie.sancar@ swisspeace.ch